

KOALITIONSVERTRAG

zwischen den Fraktionen von

SPD und CDU

im Rat der Stadt Recklinghausen

2026 - 2030



SPD Deine Fraktion
im Rat der
Stadt Recklinghausen.

 **CDU**
RECKLINGHAUSEN

Inhalt

Präambel	4
Stadtentwicklung	4
vier städtebauliche Schwerpunkte für diese Wahlperiode.....	6
Neues Wohnen am Heidesee.....	6
ISEK Bochumer Straße.....	6
Prosper-Areal	6
Ehemalige Paulusschule	6
Umwelt, Klima, Artenschutz	6
Wirtschaftsförderung, Liegenschaften und Städtische Gesellschaften	7
Marketing und Tourismus	9
Gebäude und Liegenschaften.....	9
Stadtwerke/Beteiligungen	10
Mobilität.....	10
Straßenbau und Verkehrsinfrastruktur	11
Rad- und Fußverkehr	11
Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV).....	12
Tempo 30 km/h	12
Feuerwehr, Rettungs- und Krankentransportdienste.....	12
Ordnung und Sicherheit	13
Soziales, Teilhabe und gesellschaftlicher Zusammenhalt.....	13
Soziale Infrastruktur und starke Träger	13
Armut, soziale Teilhabe und Prävention	14
Arbeit, Beschäftigung und soziale Teilhabe	14
Wohnungsnot, Wohnungslosigkeit und soziale Stabilisierung	15
Teilhabe und gleichberechtigtes Zusammenleben	15
Integration als Voraussetzung für ein respektvolles Zusammenleben	16
Inklusion als zentraler Aufgabe kommunaler Sozialpolitik	16
Digitale Teilhabe und sozial gerechte Digitalisierung	17
Kinder, Jugend und Familie	17
Frühkindliche Bildung und Kindertagesbetreuung	17
Kinder- und Jugendarbeit.....	18
Beteiligung von Kindern und Jugendlichen	18
Familienunterstützende Infrastruktur und Vereinbarkeit	18

Präventionsketten – vorbeugen, stärken, weiterentwickeln.....	19
Kultur, Wissenschaft & Stadtgeschichte	19
Kommunale Servicebetriebe Recklinghausen	21
Zukunftsfähige Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand.....	21
Sauberes Stadtbild durch mehr Personal, digitale Lösungen und innovative und umweltbewusste Technik.....	21
Erhalt aller Stadtteilstadtfriedhöfe.....	22
Tierpark im Stadtgarten	22
Schule und Bildung.....	22
Sicherstellung wohnortnaher und bedarfsgerechter Grundschulangebote.....	23
Ausbau und Qualitätsentwicklung des Offenen Ganztags (OGS)	23
Moderne Ausstattung und digitale Infrastruktur.....	23
Förderung von Inklusion und individueller Unterstützung	24
Übergänge im Bildungssystem stärken	24
Gesundheit, Ernährung und Bewegung	24
Weiterentwicklung der weiterführenden Schulen	24
Erwachsenenbildung und Volkshochschule	25
Kooperationen, Netzwerke und Bildungssteuerung.....	25
Sport	25

Präambel

Gemeinsam für Recklinghausen

Koalitionsvereinbarung von SPD und CDU 2026–2030

Recklinghausen steht vor großen Herausforderungen – und zugleich vor großen Chancen. Wir gestalten die Zukunft unserer Stadt mit Weitblick. Deshalb achten wir auf eine generationsgerechte Finanzpolitik. Investitionen in die Zukunft unserer Stadt sollen verantwortungsvoll erfolgen, damit notwendige Gestaltungsspielräume erhalten bleiben und nachfolgende Generationen nicht unverhältnismäßig die finanziellen Lasten früherer Entscheidungen tragen müssen. Die kommenden Jahre verlangen von uns mutige und sozial gerechte Lösungen.

SPD und CDU übernehmen diese Verantwortung gemeinsam.

Bezahlbarer Wohnraum, wirksamer Klimaschutz und ein starker gesellschaftlicher Zusammenhalt sind zentrale Aufgaben unserer Zeit. Wir wollen gute Bildung von der Kita bis zum Meister sichern, unsere Stadtteile lebendig und sicher gestalten, eine moderne Mobilität für alle entwickeln und eine Wirtschaft stärken, die gute Arbeit schafft.

Das Wahlergebnis ist für uns Auftrag, eine stabile Mehrheit zu bilden und das Leben der Menschen in allen Stadtteilen spürbar zu verbessern. Wir stehen für eine Politik, die Lösungen liefert: pragmatisch, konkret und zügig umsetzbar.

Voraussetzung dafür ist eine solide und ausreichende Finanzausstattung. Wir setzen uns für eine faire Finanzierung der Kommunen durch Bund und Land ein, insbesondere im Sinne des Konnexitätsprinzips.

Alle Vorhaben stehen unter dem Vorbehalt der finanziellen Leistungsfähigkeit der Stadt sowie der Beschlüsse der zuständigen Gremien. Ihre Umsetzung erfolgt im Rahmen der Haushaltsplanung und der geltenden rechtlichen Vorgaben.

Dieser Koalitionsvertrag setzt auf das Gemeinsame. Unser Ziel ist ein zukunftsfähiges Recklinghausen – verlässlich, bürgernah und am Gemeinwohl orientiert.

Stadtentwicklung

SPD und CDU verstehen Stadtentwicklung als zentrale Zukunftsaufgabe für Recklinghausen. Unser Ziel ist es, die Stadt ganzheitlich, nachhaltig und mit Augenmaß weiterzuentwickeln. Wohnen, Arbeiten, Wirtschaft, Mobilität, soziale Infrastruktur und Umwelt werden dabei gemeinsam gedacht und strategisch miteinander verknüpft.

Ein besonderer Schwerpunkt unserer Stadtentwicklungspolitik liegt auf der Schaffung neuen Wohnraums. Wir wollen, dass Menschen in allen Stadtteilen ein gutes, sicheres und bezahlbares Zuhause finden – heute und in Zukunft. Dabei setzen wir auf eine ausgewogene Mischung aus Neubau, Weiterentwicklung bestehender Quartiere und dem Erhalt gewachsener Strukturen. Stadtentwicklung soll Lebensqualität sichern, wirtschaftliche Stärke fördern und den sozialen Zusammenhalt in Recklinghausen nachhaltig stärken.

SPD und CDU vereinbaren:

Bezahlbarer Wohnraum ist eine unserer Kernaufgaben: Auch künftig soll bei jedem neuen Wohnbauvorhaben öffentlich geförderter Wohnraum entstehen. Der bislang erreichte Anteil von rund 30 Prozent bei allen Neubauprojekten ist unsere Orientierungsmarke. Diese wollen wir sichern und weiter ausbauen, sofern es die Förderbedingungen ermöglichen. Stehen Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau innerhalb eines angemessenen Zeitraums nicht oder nicht in ausreichendem Umfang zur Verfügung, soll im Rahmen einer Einzelfallprüfung abgewogen werden, wie die wohnungspolitischen Ziele dennoch bestmöglich erreicht werden können. Dabei gilt grundsätzlich: Der dringend benötigte Wohnungsbau darf nicht unnötig verzögert werden. Ziel ist es, sowohl den Bedarf an bezahlbarem Wohnraum als auch den insgesamt hohen Wohnraumbedarf verlässlich zu decken. Die im „Handlungskonzept Wohnen“ definierte Zielgröße von mindestens 52 neuen öffentlich geförderten Wohneinheiten pro Jahr soll nicht unterschritten werden. Bund und Land fordern wir auf, die Fördermittel für den sozialen Wohnungsbau deutlich zu erhöhen.

- Verbindlichkeit durch klare Regeln: Zur Sicherung unserer wohnungspolitischen Ziele schließen wir weiterhin städtebauliche Verträge mit Investoren ab. Damit sichern wir, dass öffentlich geförderter Wohnraum im jeweiligen Baugebiet entsteht. Jährlich werden wir überprüfen, ob die vereinbarten Ziele für die Wohnraumförderung erreicht wurden.
- Vorausschauende Flächenentwicklung: Wir werden vorhandene Wohnbauflächen entwickeln und die bestehende Liste „Potentialflächen Wohnungsbau“ aktualisieren. Baulücken werden künftig durch ein Kataster systematisch erfasst und genutzt. Dabei setzen wir auf eine behutsame Nachverdichtung. Neue Wohnbauflächen weisen wir dort aus, wo eine sinnvolle Nutzungsänderung und städtebauliche Verträglichkeit gegeben sind.
- Erhalt prägender Bausubstanz und konsequentes Vorgehen bei Problemimmobilien: Stadtbildprägende Gebäude werden wir schützen. Wir unterstützen Investoren, die sich für die Sanierung und den Erhalt dieser Gebäude einsetzen. Problemimmobilien werden wir gezielt angehen – durch Dialog mit den Eigentümern, aber auch durch den konsequenten Einsatz planungsrechtlicher Instrumente.
- Vielfalt der Wohnformen stärken: Wir fördern neue und alternative Wohnformen wie Mehrgenerationenwohnen, gemeinschaftliche Wohnprojekte, modulare Bauweisen und genossenschaftliches Wohnen, um den demografischen und gesellschaftlichen Wandel auch beim Thema „Wohnen“ gerecht zu werden.
- Städtische Wohnungsgesellschaft stärken – Bodenpolitik verantwortungsvoll nutzen: Die städtische Wohnungsgesellschaft werden wir finanziell stärken, damit sie weiterhin Projekte, insbesondere im öffentlich geförderten Wohnungsbau, realisieren kann. Die Vorkaufsrechtssatzungen werden wir als ein wichtiges Instrument der Stadtentwicklung nutzen.
- Baukultur sichern: Wir richten zunächst für die Dauer eines Jahres einen Beirat für Baukultur ein, der bei bedeutenden Bauvorhaben städtebauliche und architektonische Qualität sicherstellt und Fehlentwicklungen frühzeitig verhindert. Die Ergebnisse werden nach Abschluss des Jahres bewertet.

vier städtebauliche Schwerpunkte für diese Wahlperiode

Neues Wohnen am Heidesee

Die ehemalige Trabrennbahn auf der Hillerheide werden wir zu einem neuen Wohngebiet entwickeln, um dringend erforderlichen Wohnraum zu schaffen und das brachliegende Areal städtebaulich sinnvoll zu nutzen. Rund um den See schaffen wir Wohnbebauung, teilweise öffentlich gefördert, in verschiedenen Typologien, eingebettet in großzügige Grün- und Naherholungsflächen, mit einem nachhaltigen Energie- und einem zukunftsfähigen Mobilitätskonzept.

ISEK Bochumer Straße

Wir werden den Stadtteil Süd mit dem integrierten Stadtteilentwicklungskonzept (ISEK) als lebendigen, sozial durchmischten und wirtschaftlich stabilen Standort nachhaltig stärken. Dabei werden wir städtebauliche Maßnahmen, die Förderung von Wohnen und Handel, eine vorausschauende Verkehrsplanung und soziale und ökologische Aspekte eng miteinander verzahnen. Bei der Umsetzung setzen wir auf einen engen Dialog mit den lokalen Akteuren und den Bürgerinnen und Bürgern.

Prosper-Areal

Wir werden das Vorhaben zur städtebaulichen Entwicklung der Fläche am Prosper Hospital konstruktiv begleiten. Ziel ist es, den Gesundheitsstandort „Prosper“ durch medizinischen Versorgungs- und Dienstleistungsangebote, ergänzt um neuen Wohnraum, zu stärken. Für eine verträgliche Einbindung in den Stadtteil werden wir Aspekte der Verkehrsanbindung und des Klimaschutzes besonders berücksichtigen.

Ehemalige Paulusschule

Mit der Entwicklung der ehemaligen Paulusschule werden wir den Standort zu einem modernen Wohnquartier weiterentwickeln, bei dem das historische Schulgebäude erhalten und in die Neustrukturierung eingebunden wird. Der weitestgehende Erhalt des alten Baumbestandes und die maßvolle und qualitative Ergänzung um weitere Wohngebäude werden zu einer Stärkung des Quartiers beitragen.

Umwelt, Klima, Artenschutz

Wir verstehen den Schutz von Klima, Umwelt und natürlichen Lebensgrundlagen als zentrale Querschnittsaufgabe der kommunalen Politik in Recklinghausen.

Unser gemeinsames Ziel ist es, die ökologischen Herausforderungen sozial gerecht, wirtschaftlich tragfähig und generationengerecht zu bewältigen.

Nachhaltigkeit soll dabei alle Menschen in unserer Stadt einbeziehen und mit einer positiven Stadtentwicklung, guter Infrastruktur, einer starken heimischen Wirtschaft sowie sicheren Arbeitsplätzen verbunden werden.

Die Folgen des Klimawandels – zunehmende Hitzeperioden, Starkregenereignisse und Trockenphasen – sind auch in Recklinghausen bereits spürbar. Deshalb werden wir das bestehende Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzept konsequent weiterentwickeln und Klimaschutzbelange in allen kommunalen Handlungsfeldern berücksichtigen – von

Stadtentwicklung und Bauleitplanung über Verkehr und Wirtschaft bis hin zu Gesundheitsschutz und sozialer Infrastruktur.

SPD und CDU vereinbaren:

- Stadtgrün, Entsiegelung und Biodiversität stärken: Wir werden Grünflächen sichern, optimal vernetzen und neue schaffen. Dazu gehören auch weitere Waldflächen, „Tiny Forests“, ein fortgeführtes Alleen-Programm sowie eine Begrünung von Straßen, Plätzen und Haltestellen. Versiegelte Flächen im Stadtgebiet werden wir gezielt entsiegeln, klimaresilient bepflanzen und in ihrer Aufenthaltsqualität verbessern. Die Dach- und Fassadenbegrünungen an geeigneten kommunalen Gebäuden werden wir voranbringen. Unser Ziel ist es auch private Immobilienbesitzer für diese Maßnahmen zu gewinnen.
- Klimaanpassung und Gesundheitsschutz verbessern: Zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger werden wir Maßnahmen gegen Starkregen, Hochwasser und Hitze weiter ausbauen. Dazu zählen ein kommunaler Hitzeaktionsplan, die Entkopplung von Regenwasser vom Mischkanalnetz durch das Programm KRIS, mehr öffentlich zugängliche Trinkwasserangebote, sowie eine intensive Öffentlichkeitsarbeit zu Klimaschutz- und Vorsorgethemen.
- Energiewende vor Ort gestalten: Wir werden die Bürgerinnen und Bürger durch Beratungs- und Beteiligungsangebote aktiv an der Energiewende teilhaben lassen. Den Ausbau erneuerbarer Energien – einschließlich Windenergie, Freiflächen-Photovoltaik und perspektivisch Wasserstofftechnologien – gestalten wir maßvoll, sensibel und im Einklang mit Stadtbild, Natur- und Artenschutz.
- Nachhaltige Quartiere entwickeln: Klimaschutz und Nachhaltigkeit sind für uns wichtige Säulen künftiger Stadtentwicklungsprojekte. Dies gilt insbesondere für das Zukunftsprojekt auf dem Gelände der ehemaligen Trabrennbahn, das wir als energieautarkes Quartier mit Wohnen, sozialer Infrastruktur, Nahversorgung und Gewerbe entwickeln werden. Auch bei der Umsetzung des integrierten Stadtteilentwicklungskonzeptes (ISEK) Bochumer Straße werden wir den öffentlichen Raum klimaresilient gestalten und Hitze-Hotspots entschärfen. Im Zuge der Umgestaltung des Verkehrsraums der Bochumer Straße, der Aufwertung des Neumarktes und des Bereichs um das Bürgerhaus Süd werden wir nicht nur die städtebauliche Aufenthaltsqualität steigern, sondern durch eine nachhaltige Begrünung auch eine höhere ökologische Qualität im Stadtteil schaffen.

Wirtschaftsförderung, Liegenschaften und Städtische Gesellschaften

Eine starke Wirtschaft ist die Grundlage für Wohlstand, Lebensqualität und sozialen Zusammenhalt. Die Koalition aus SPD und CDU in Recklinghausen steht für eine verantwortungsvolle Wirtschaftspolitik, die Unternehmen ermutigt zu investieren, Menschen in Arbeit bringt, Innovationen fördert und unsere Stadt fit für die Zukunft macht - digital, nachhaltig und mit einem klaren Fokus auf unsere lokalen und regionalen Stärken.

SPD und CDU vereinbaren:

- Gewerbeflächenentwicklung: Wir setzen uns für die Ausweisung neuer, bedarfsgerechter und gut erreichbarer Gewerbeflächen ein. Bestehende Flächen sollen besser vermarktet und effizienter genutzt werden. Wir fördern das Konzept des „blau/grünen Gewerbegebietes“ (Richardstr.) als Maßstab für neue nachhaltige Gewerbeflächen.
- Vorrangiges Ziel unserer Wirtschaftspolitik bleibt die Stärkung vorhandener Unternehmen, die neue Arbeitsplätze schaffen. Wesentliche Faktoren bei der Ansiedlung auf den freien Gewerbeflächen sind geringer Flächenverbrauch, qualifizierte und gerecht entlohnte Arbeitsplätze sowie ein gutes Gewerbesteueraufkommen. Kleinere und mittlere Unternehmen und Handwerksbetriebe sind hierbei für uns von besonderer Bedeutung.
- Stärkung der Innenstadt: Wir werden den Wandel der Innenstadt aktiv begleiten. Einzelhandel, Gastronomie, Dienstleistungen und Kultur werden wir noch besser vernetzen und unterstützen – z. B. durch gezielte Förderprogramme, attraktive Aufenthaltsqualität, Digitalisierung des Einzelhandels, innovative Nutzung von Leerständen und Events zur Belebung der City.
- Belebung der Nebenzentren: Wir werden die Sicherung und Weiterentwicklung der Nebenzentren als einen zentralen Baustein der Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung fortsetzen.
- Förderung regionaler Netzwerke: Wir werden den Austausch zwischen Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und Bildungseinrichtungen intensivieren.
- Dienstleistungsorientierte Verwaltung: Wir werden die Verwaltung weiter zu einer modernen, digitalen und serviceorientierten Struktur ausbauen. Unternehmen und Selbständige sollen Genehmigungen und Informationen künftig schneller, einfacher und transparenter erhalten – insbesondere durch einen zentralen „One-Stop-Shop“, der alle relevanten Anträge, Informationen und Dienstleistungen bündelt.
- Stärkung der dualen Ausbildung: Wir unterstützen Kooperationen zwischen Schulen und Unternehmen, mehr Praktikumsangebote und praxisnahe Berufsorientierung. Ziel ist es, Jugendlichen konkrete Wege in Ausbildung und Arbeit zu eröffnen.
- Regionale Fachkräfteinitiative: In Zusammenarbeit mit der Handwerkskammer, der IHK, Hochschulen und der Agentur für Arbeit setzen wir uns für Programme zur Fachkräftegewinnung und -bindung ein – z. B. für Rückkehrer, Frauen, Quereinsteiger und Menschen mit Migrationshintergrund. Auch wenn die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen im sog. „Ersten Arbeitsmarkt“ oberste Priorität hat, werden wir auch den „Sozialen Arbeitsmarkt“ stärken und insbesondere älteren, gesundheitlich beeinträchtigten oder gering qualifizierten Personen Perspektiven eröffnen.
- nachhaltige Digitalisierung: Wir werden Unternehmen bei der digitalen Transformation begleiten und Raum für Innovation schaffen. Dafür wollen wir die digitale Infrastruktur der Stadt voranbringen.
- Förderung von Start-ups und Innovation: Wir setzen uns für die Einrichtung eines kommunalen Gründerzentrums oder Co-Working-Spaces ein, in dem Start-ups, kreative Köpfe und Jungunternehmer Unterstützung und Infrastruktur erhalten. Die Verwaltung soll zudem Strukturen schaffen, die eine stärkere Vernetzung unter

Jungunternehmen fördern und Zusammenarbeit, Wissenstransfer und gegenseitige Unterstützung erleichtern.

- Regionale Wertschöpfung stärken: Öffentliche Aufträge sollen, wo rechtlich möglich, bevorzugt an lokale, tarifgebundene Unternehmen vergeben werden, um Arbeitsplätze vor Ort zu sichern und regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken.
- Konsequente Nutzung von Fördermitteln: Land, Bund und EU stellen zahlreiche Programme bereit. Diese müssen systematisch identifiziert, beantragt und für Recklinghausen genutzt werden.

Marketing und Tourismus

In den vergangenen Jahren hat der Tourismus in Recklinghausen spürbar an Bedeutung gewonnen. Immer mehr Besucherinnen und Besucher aus der Region, aber auch aus weiter entfernten Städten, kommen in unsere Stadt, um das vielfältige Einkaufsangebot, die kulturellen Angebote sowie die zahlreichen Feste und Veranstaltungen zu genießen. Eine hohe Aufenthaltsqualität in der Altstadt und den Nebenzentren ist dabei ein zentraler Erfolgsfaktor.

Wir wollen diese weiter stärken und mit folgenden Maßnahmen attraktive Rahmenbedingungen für Besucherinnen und Besucher schaffen:

- Erhalt und Förderung der beliebten Recklinghäuser Großveranstaltungen wie Public Viewing, „Zu Gast in Recklinghausen“, Hafenfest im Recklinghäuser Süden, „Recklinghausen leuchtet“ oder Weihnachtsmarkt,
- Förderung der Vernetzung von Kulturevents wie Ruhrfestspiele, Sommer im Park, Lichterfest im Strommuseum, Ausstellungseröffnungen in den Museen mit Angeboten in der Innenstadt und anderen Stadtteilen,
- Nutzung verschiedener Werbepattformen wie Metropole Ruhr und Westfälischer Hansebund, um die Stadt Recklinghausen bestmöglich zu bewerben und über die Grenzen der Stadt weiterhin bekannt zu machen,
- Fortsetzung und Stärkung der Zusammenarbeit mit den Initiativen des Vereins für Orts- und Heimatkunde und den Recklinghäuser Stadtführern zur Präsentation unserer historischen Altstadt sowie gezielte Förderung ergänzender Maßnahmen zur weiteren Belebung unserer Stadt,
- bestmögliche Unterstützung der Gastronomen unserer Stadt, um eine vielfältige Gastronomie-Landschaft in Recklinghausen zu erhalten,
- gezielte Förderung der Entwicklung von Tourismus-Besuchspaketen mit unterschiedlichen Schwerpunkten in der Stadt sowie
- Fortsetzung der großzügigen und kostengünstigen Überlassung öffentlicher Flächen zur Nutzung durch Gastronomen und Einzelhändler, aber auch für Veranstaltungen unterschiedlichster Art.

Gebäude und Liegenschaften

- Wir werden den bestehenden Unterhaltungsstau bei den städtischen Gebäuden und Liegenschaften weiterhin konsequent abbauen und die energetische Sanierung mit Nachdruck vorantreiben.
- Der Sanierung von Schulgebäuden räumen wir eine besondere Priorität ein.

- Photovoltaikanlagen auf kommunalen Dächern, nachhaltige Baustoffe sowie ökologische Bauweisen werden wir gezielt voranbringen.
- Ziel ist es, die Funktionsfähigkeit der kommunalen Infrastruktur dauerhaft zu sichern, den Energieverbrauch zu senken und so einen wirksamen Beitrag zum Klimaschutz sowie zur Entlastung des städtischen Haushalts zu leisten.
- Darüber hinaus werden wir den Erwerb von Grundvermögen durch die Stadt weiterhin unterstützen, sofern dieser im Interesse einer geordneten Stadtentwicklung, der Daseinsvorsorge und der Stadtgesellschaft insgesamt sinnvoll ist. Hierdurch sollen strategische Flächen gesichert, Handlungsspielräume für bezahlbares Wohnen, soziale Infrastruktur und öffentliche Nutzungen erweitert sowie städtebauliche Entwicklungspotenziale langfristig nutzbar gemacht werden.

Stadtwerke/Beteiligungen

- Wir werden die Stadtwerke Recklinghausen konsequent zu einer modernen kommunalen Infrastrukturgesellschaft weiterentwickeln. Sie sollen neben der sicheren Energie- und Wasserversorgung insbesondere neue Vertriebszweige in den Bereichen Digitalisierung, Nahwärme, Glasfaser und Energieerzeugung aufbauen und ausbauen, um eine noch bessere Vernetzung aller Akteurinnen und Akteure zu erreichen und die Energiewende vor Ort wirksam voranzutreiben.
- Die Stadtwerke Recklinghausen werden als starker lokaler Akteur der Energiewende verstanden und nicht mehr vorrangig als reines Finanzinstrument. Sie sollen eine zentrale Rolle beim Ausbau erneuerbarer Energien, bei der Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung sowie beim Erhalt und der Weiterentwicklung der kommunalen Infrastruktur über und unter der Erde übernehmen. Damit leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der Folgen des Klimawandels auf lokaler Ebene.
- Wir werden die Stadtwerke gezielt dafür nutzen, die Energiewende vor Ort zu gestalten und alle relevanten Interessen im Sinne der lokalen Gemeinschaft zu bündeln. Dabei wird die Möglichkeit der Bürgerbeteiligung an Projekten der Stadtwerke gestärkt, um Transparenz zu erhöhen, regionale Wertschöpfung zu sichern und Akzeptanz für Investitionen in eine zukunftsfähige Infrastruktur zu fördern.

Mobilität

SPD und CDU Recklinghausen verständigen sich auf eine gemeinsame Verantwortung für eine nachhaltige, sichere und zukunftsfähige Entwicklung der Stadt.

Eine zukunftsfähige Stadt benötigt eine Mobilitätspolitik, die den Menschen dient, den Wirtschaftsstandort stärkt und zugleich Klima- und Umweltbelange berücksichtigt.

Ziel der Koalition ist ein Miteinander aller Verkehrsmittel, kein Gegeneinander. Wir wollen eine nachhaltige, barrierefreie, innovative und für alle alltagstaugliche sowie bezahlbare Mobilität ermöglichen.

Ein umfassendes und ganzheitliches Mobilitätsentwicklungskonzept wurde erarbeitet und verabschiedet. Dieses Konzept skizziert die Entwicklung der Mobilität bis zum Jahr 2040 und

dient als verbindliche Planungs- und Entscheidungsgrundlage für die kommunalpolitische Arbeit dieser Wahlperiode.

Straßenbau und Verkehrsinfrastruktur

SPD und CDU vereinbaren, die Leistungsfähigkeit und Sicherheit des Straßennetzes zu sichern und gleichzeitig städtebauliche sowie ökologische Aspekte zu berücksichtigen.

- Der Weiterbau der Ludwig-Erhard-Allee bis zum Kreishaus wird umgesetzt, um den Wallring spürbar zu entlasten und die Verkehrsströme effizienter zu lenken.
- Nach Abschluss des Ausbaus der A43 im Bereich Herne wird die vollständige Erneuerung der Bochumer Straße im Stadtteil Süd vorangetrieben. Ziel ist eine ausgewogene Lösung, die den Bedürfnissen von Fußgängern, Radfahrern, dem motorisierten Individualverkehr, gesundheitlichen Aspekten sowie dem Einzelhandel gleichermaßen gerecht wird.
- Für den Wallring wird ein integriertes Verkehrskonzept erarbeitet, das alle Verkehrsarten umfassend berücksichtigt.
- Die Instandsetzung und Instandhaltung des städtischen Straßennetzes wird aus Gründen der Verkehrssicherheit konsequent fortgeführt und darf nicht vernachlässigt werden.
- Das erfolgreiche Fahrbahndeckenprogramm wird fortgesetzt.
- Bei Neu- und Umbaumaßnahmen wird zu jeder Straße eine passende Begrünung mit Bäumen und Grünflächen realisiert.
- SPD und CDU werden den Bau weiterer Kreisverkehre im Stadtgebiet forcieren.

Rad- und Fußverkehr

SPD und CDU stärken den Umweltverbund und setzen sich für sichere, attraktive und durchgängige Wege für Radfahrerinnen und Radfahrer sowie Fußgängerinnen und Fußgänger ein.

- Wir machen den Radverkehr sicherer durch die Abgrenzung der Radwege vom Autoverkehr. Zudem stärken wir den Radverkehr durch den Ausbau von sicheren Fahrrad-Abstellanlagen, insbesondere an Verkehrsknotenpunkten.
- Wo abgegrenzte Radwege nicht möglich sind, streben wir eine bestmögliche Neuverteilung der Verkehrsflächen zugunsten von Fußgängern und Radfahrern an, unter anderem durch physische oder farbliche Markierungen.
- Das Radwegenetz wird intelligent ausgebaut, neue Radwege sollen bestehende Lücken schließen. In Bau und Unterhaltung von Radwegen wird deutlich stärker investiert als bisher.
- Radwege werden mit Asphaltdecken, Fußwege mit geeigneten und sicheren Belägen ausgestattet, um die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs zu erhöhen.
- Rad- und Fußwege werden durch moderne, bewegungsgesteuerte Beleuchtungssysteme attraktiver und sicherer gestaltet.
- Der jährliche Bau neuer Fahrradstraßen im Stadtgebiet wird konsequent umgesetzt.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

Ein leistungsfähiger und barrierefreier ÖPNV ist zentraler Bestandteil der Mobilitätswende in Recklinghausen. Hier wird vereinbart:

- Der öffentliche Personennahverkehr wird verbessert.
- Die Taktverdichtung des Schienenverkehrs nach Bochum sowie der Querverbindung über Herten, Gladbeck und Bottrop wird aktiv in die Gremien des VRR eingebracht.
- Im Rahmen des ISEK Bochumer Straße wird die Umgestaltung genutzt, um Busbeschleunigungsspuren überall dort einzurichten, wo der Straßenraum dies zulässt.
- Im Stadtgebiet werden zusätzliche Busspuren geschaffen, um Buslinien schneller und attraktiver zu machen.
- Wir sind uns einig, dass die Mobilität sich weiterentwickelt. Dabei wollen wir keine einseitige Entwicklung, sondern allen Verkehrsmitteln ihre Berechtigung lassen und einen fairen Ausgleich schaffen. Ein Mittel kann dabei ein kostenloser ÖPNV sein, beginnend mit Seniorinnen und Senioren. Hier liegt allerdings die Zuständigkeit bei Kreis und der Vestische Straßenbahn GmbH, die wir auffordern, die Möglichkeiten und Kosten ergebnisoffen zu prüfen und, sofern möglich, über ein Probejahr zu testen.
- Alle Haltestellen sollen schnellstmöglich barrierefrei umgebaut werden.
- Der On-Demand-Verkehr (flexible Bedarfsverkehre) wird ausgebaut, um insbesondere Randbezirke besser anzubinden.

Tempo 30 km/h

SPD und CDU verfolgen einen ausgewogenen Ansatz bei der Verkehrsberuhigung.

- Tempo-30-Streckengebote werden überall dort eingerichtet, wo dies straßenverkehrsrechtlich sinnvoll und möglich ist und die positiven Effekte der Verkehrsberuhigung nicht zulasten anderer Straßen oder deren Anwohnerinnen und Anwohner gehen.
- Die Auswirkungen solcher Maßnahmen werden ernsthaft evaluiert. Werden die angestrebten Ziele nicht erreicht, bleibt die Rücknahme der Maßnahmen ausdrücklich möglich.

Feuerwehr, Rettungs- und Krankentransportdienste

Die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger hat höchste Priorität.

- Wir setzen uns für eine Umsetzung des Brandschutzbedarfsplans ein, erkennen die Entwicklung der gesetzlichen Vorgaben und technischen Möglichkeiten. Sollten sich bis zum Ende des 1. Quartals 2027 neue Erkenntnisse ergeben, werden wir das Thema neu bewerten, ansonsten die bisherige Beschlusslage umsetzen.
- Die Arbeit der Kinder- und Jugendfeuerwehr wird gezielt gefördert.
- Die ehrenamtliche Arbeit der Freiwilligen Feuerwehren wird umfassend unterstützt und wertgeschätzt.
- Eine neue Spezialeinheit „Großschadenslagen“ zur besseren Bewältigung extremer Einsatzlagen wird aufgebaut.

- Erforderliche bauliche Maßnahmen an den Feuerwachen werden realisiert.
- Ehrungen und Anerkennungen für den Einsatz im Dienst der Allgemeinheit werden regelmäßig durchgeführt.
- Eine Neuauflage eines Katastrophen- und Zivilschutzprogramms wird erarbeitet.

Ordnung und Sicherheit

SPD und CDU stärken Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung im öffentlichen Raum durch Prävention, Präsenz und Kooperation.

- Der Kommunale Ordnungsdienst (KOD) erhält eine bessere Ausstattung, auch mit digitalen Hilfsmitteln.
- Die Mitarbeitenden des KOD werden gezielt geschult, um professionelles, rechtssicheres und bürgernahes Handeln zu gewährleisten.
- Die Zusammenarbeit mit anderen Behörden, insbesondere mit der Polizei, wird kontinuierlich vertieft.
- Die Zahl der Mitarbeitenden im KOD wird erhöht.
- Die bisherigen Ordnungspartnerschaften sind erfolgreich. Dennoch gibt es weiterhin eine starke Verunsicherung in der Stadtgesellschaft. Daher werden wir ergänzend zu den Ordnungspartnerschaften einen Kriminalpräventiven Rat bilden, der eine Klammer zwischen allen Beteiligten bildet und alle Akteure in dem Prozess mitnimmt. Im Übrigen berichtet die Kommission Ordnungspartnerschaften regelmäßig im nichtöffentlichen Teil des Haupt- und Finanzausschusses.
- Angsträume werden gezielt vermieden bzw. bestehende beseitigt, insbesondere durch bessere Beleuchtung und erhöhte Präsenz.
- Die Videoüberwachung im öffentlichen Raum wird unter Ausnutzung aller rechtlichen Möglichkeiten überprüft.
- CDU und SPD stehen weiterhin hinter der Sicherheitskooperation (SiKo) Ruhr, um das Netzwerk aus Partner-Behörden weiter zu stärken, gemeinsam Informationen zu sammeln, sich regelmäßig auszutauschen und so unter anderem gegen organisierte Formen von Leistungsbetrug sowie kriminelle Strukturen wirksam vorzugehen.

Soziales, Teilhabe und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Soziale Sicherheit, Teilhabe und ein verlässliches Hilfesystem sind zentrale Grundlagen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Zukunftsfähigkeit der Stadt.

Die Koalition versteht Sozialpolitik nicht als nachrangige Aufgabe, sondern als gleichrangigen Bestandteil einer vorausschauenden und nachhaltigen Stadtentwicklung. Soziale Belange werden in allen relevanten kommunalen Handlungsfeldern mitgedacht und berücksichtigt.

Die Koalition setzt auf verlässliche Strukturen, passgenaue Unterstützung und eine enge Zusammenarbeit mit freien Trägern, Verbänden und dem Ehrenamt.

Soziale Infrastruktur und starke Träger

Die Koalition bekennt sich zu einer stabilen und leistungsfähigen sozialen Infrastruktur in Recklinghausen.

SPD und CDU vereinbaren:

- die Sicherung, Stabilisierung und bedarfsgerechte Weiterentwicklung bestehender sozialer Angebote und Beratungsstrukturen sowie die verlässliche Zusammenarbeit mit freien Trägern und ihre frühzeitige Einbindung in Planungs- und Entscheidungsprozesse.
- die Sicherung der freiwilligen sozialen Leistungen als verlässliche Grundlage der sozialen Infrastruktur.
- die Sicherung der Frauenberatung in enger Zusammenarbeit mit dem Kreis Recklinghausen.
- die kommunale Unterstützung des Frauenhauses, insbesondere durch die Kooperation mit der städtischen Wohnungsgesellschaft zur möglichst bedarfsgerechten Bereitstellung von Wohnraum als Schutz- und Übergangslösung für von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder,
- die Stärkung des Ehrenamtes als tragende Säule sozialer Arbeit einschließlich geeigneter Anerkennungs- und Unterstützungsstrukturen sowie der weiteren Etablierung der Ehrenamtskarte als sichtbares Zeichen der Wertschätzung für bürgerschaftliches Engagement,
- die weitere Stärkung der sozialräumlichen Arbeit in den Stadtteilen. Das Stadtteil- und Quartiersmanagement leistet einen wichtigen Beitrag zur Teilhabe, Prävention und Stabilisierung. Bestehende Strukturen werden vorrangig gesichert und bedarfsgerecht weiterentwickelt. Die Ausweitung in weitere Sozialräume ist ausdrücklich vorgesehen.

Armut, soziale Teilhabe und Prävention

Die Koalition verfolgt das Ziel, Armut und soziale Ausgrenzung wirksam zu bekämpfen und Teilhabechancen für alle Bevölkerungsgruppen zu verbessern.

SPD und CDU vereinbaren:

- die Stärkung präventiver Ansätze zur Vermeidung von Armutslagen und sozialer Isolation,
- die Weiterentwicklung niedrigschwelliger Beratungs- und Unterstützungsangebote, wie durch das bewährte Format des Recklinghausen-Passes (RE-Pass),
- die Verbesserung der Zugänge zu bestehenden Leistungen durch verständliche Informationen und unterstützende Beratung,
- die stärkere Vernetzung von Sozialberatung, Bildungs- und Teilhabeangeboten sowie quartiersbezogenen Strukturen.

Besondere Aufmerksamkeit gilt Kindern und Jugendlichen in belasteten Lebenslagen, Alleinerziehenden, Menschen mit geringem Einkommen sowie von Einsamkeit betroffenen Personen.

Arbeit, Beschäftigung und soziale Teilhabe

Teilhabe am Arbeitsleben ist ein zentraler Bestandteil gesellschaftlicher Integration und individueller Stabilisierung.

Ziel der Koalition ist es, soziale Stabilisierung, Qualifizierung und nachhaltige Beschäftigungsperspektiven zu fördern und Teilhabe durch Arbeit zu stärken.

SPD und CDU vereinbaren:

- die kontinuierliche und enge Abstimmung mit dem Kreis Recklinghausen im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung als zugelassener kommunaler Träger sowie die aktive Mitwirkung der Stadt in den gemeinsamen Strukturen des Hauses der sozialen Leistungen,
- die Stärkung der regionalen rechtskreisübergreifenden Zusammenarbeit zwischen Stadt, Kreis, Jobcenter, freien Trägern und weiteren arbeitsmarktpolitischen Akteuren zur Verbesserung der Teilhabechancen von Menschen mit Unterstützungsbedarf.
- das Bekenntnis zum sozialen Arbeitsmarkt und zur Nutzung der gesetzlichen Instrumente nach §§ 16i und 16e SGB II zur Förderung von Teilhabe und Beschäftigung für langzeitarbeitslose Menschen mit besonderen Vermittlungshemmnissen.

Wohnungsnot, Wohnungslosigkeit und soziale Stabilisierung

Bezahlbares und sicheres Wohnen ist eine zentrale Voraussetzung für soziale Stabilität und gesellschaftliche Teilhabe.

Die Koalition setzt sich daher für wirksame Hilfen, frühzeitige Prävention und stabile Unterstützungsstrukturen für Menschen, die von Wohnungsnot oder Wohnungslosigkeit betroffen sind, ein.

SPD und CDU vereinbaren:

- die Sicherung und Weiterentwicklung von Hilfsangeboten, wie „Wohnen Plus“, der „FrauenRAUM“ sowie Ansätze nach dem Housing-First-Prinzip, für wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen.
- die Fortführung und Weiterentwicklung präventiver Ansätze zur Vermeidung von Wohnungsverlust und
- die kontinuierliche Weiterentwicklung bestehender Angebote für wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen.

Vereinbart ist zudem

- die Unterbringungssituation wohnungsloser Menschen, insbesondere im Bereich der Notunterkunft, zu entzerren und bedarfsgerecht weiterzuentwickeln.
- Vulnerable Gruppen, insbesondere Frauen, Familien und gesundheitlich beeinträchtigte Menschen, werden bei der Ausgestaltung der Hilfesysteme besonders berücksichtigt.

Teilhabe und gleichberechtigtes Zusammenleben

Recklinghausen soll eine Stadt sein, in der alle Menschen unabhängig von Alter, Herkunft oder gesundheitlicher Einschränkung selbstbestimmt leben und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Integration, Inklusion und ein gutes Leben im Alter sind zentrale Bestandteile einer solidarischen und zukunftsfähigen Stadtgesellschaft.

Die Koalition versteht Teilhabe als gemeinsame Aufgabe aller kommunalen Handlungsfelder.

SPD und CDU vereinbaren:

- die konsequente Ausrichtung kommunaler Politik auf Teilhabe und Selbstbestimmung in allen Lebensphasen,
- die Berücksichtigung von Barrierefreiheit und Zugänglichkeit in allen relevanten Handlungsfeldern,
- die Stärkung sozialräumlicher und quartiersbezogener Ansätze in allen Stadtteilen,
- die Förderung von Begegnung, Beteiligung und gegenseitiger Unterstützung,
- die stärkere Vernetzung bestehender Angebote und Strukturen,
- die Entwicklung geeigneter Maßnahmen zur Vermeidung von Einsamkeit und sozialer Isolation.

Integration als Voraussetzung für ein respektvolles Zusammenleben

- die Sicherung und bedarfsgerechte Weiterentwicklung bestehender Integrations- und Beratungsstrukturen,
- der Ausbau von Sprachförder- und Bildungsangeboten als Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe,
- die Erstellung und Fortschreibung eines gesamtstädtischen Integrationskonzeptes sowie
- die Umsetzung der beschlossenen Unterbringungs- und Betreuungsstandards für geflüchtete Menschen

Inklusion als zentraler Aufgabe kommunaler Sozialpolitik

- die Verankerung der gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen als Querschnittsaufgabe in allen kommunalen Handlungsfeldern,
- die Sicherung und bedarfsgerechte Weiterentwicklung bestehender Unterstützungs- und Beratungsstrukturen sowie inklusiver Angebote,
- die stärkere Vernetzung von Verwaltung, Trägern, Initiativen und Selbsthilfe zur Förderung gleichberechtigter Teilhabe sowie
- die Unterstützung der Arbeit der Ratskommission für Menschen mit Behinderung vereinbart, um die Perspektiven von Menschen mit Behinderungen frühzeitig in Planungs- und Entscheidungsprozesse einzubringen und die Umsetzung inklusiver Maßnahmen in der Stadt kontinuierlich zu begleiten.

Die Koalition verfolgt zudem das Ziel, älteren Menschen ein selbstbestimmtes und würdevolles Leben in ihrem gewohnten Umfeld zu ermöglichen.

SPD und CDU vereinbaren:

- die Sicherung und Weiterentwicklung seniorengerechter Angebote und Begegnungsstrukturen,
- die Unterstützung neuer Wohn- und Pflegeformen sowie quartiersnaher Versorgungsmodelle,
- die stärkere Vernetzung bestehender Unterstützungsangebote für ältere Menschen,

- die Entwicklung geeigneter Maßnahmen zur Vorbeugung von Einsamkeit und sozialer Isolation sowie
- die Unterstützung der Arbeit des Seniorenbeirates samt Begleitung und Unterstützung von Projekten, die Teilhabe, Gesundheit und soziale Kontakte im Alter fördern wie beispielsweise das Hitzepräventionsprojekt für ältere Menschen oder das Projekt „Gemeinsam statt einsam“.

Digitale Teilhabe und sozial gerechte Digitalisierung

Die Koalition versteht Digitalisierung als zentrale Voraussetzung für gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe und eine moderne, bürgernahe Verwaltung. Digitale Angebote sollen allen Menschen zugutekommen und dürfen nicht zu neuen sozialen Barrieren führen.

SPD und CDU vereinbaren:

- die Weiterentwicklung digitaler Verwaltungsangebote zu einem zentralen, benutzerfreundlichen Zugang für städtische Dienstleistungen und Unterstützungsleistungen,
- die konsequente barrierefreie Ausgestaltung städtischer Internetseiten und digitaler Anwendungen,
- die Sicherung und der Ausbau kostenfreier oder niedrigschwelliger Zugänge zu digitalen Angeboten im öffentlichen Raum,
- die Stärkung öffentlicher Einrichtungen als digitale Lern- und Begegnungsorte,
- die Entwicklung zielgruppenspezifischer Unterstützungsangebote zur Förderung digitaler Kompetenzen und zur Vermeidung sozialer Isolation,
- die Nutzung digitaler Instrumente zur besseren Vernetzung sozialer Angebote sowie zur Information und Beteiligung und nachbarschaftlichen Vernetzung im Quartier.

Kinder, Jugend und Familie

Recklinghausen ist eine kinder- und familienfreundliche Stadt. Wir wollen, dass alle Kinder – unabhängig von Herkunft, sozialem Umfeld oder Einkommen der Eltern – gute Bildungs-, Entwicklungs- und Beteiligungschancen haben. Familien sollen im Alltag verlässliche Unterstützung erfahren und sich auf tragfähige Strukturen verlassen können.

Unser Handeln orientiert sich an Qualität, Verlässlichkeit und sozialer Verantwortung. Wir setzen auf frühzeitige Förderung, passgenaue Angebote und eine starke kommunale Infrastruktur.

Frühkindliche Bildung und Kindertagesbetreuung

Die Koalition verfolgt einen bedarfsgerechten, sozial ausgewogenen und qualitativ hochwertigen Ausbau der frühkindlichen Bildung und Betreuung. Dazu gehört u.a.

- die Fortführung und Priorisierung von Neubau-, Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen,
- die Sicherstellung ausreichender Kita-Plätze in allen Stadtteilen auf Grundlage des jeweils gültigen städtischen Kita-Bedarfsplans,
- der Ausbau und die Verstetigung früher Sprachförderangebote, auch durch das Landesprogramm PlusKita.

- die gezielte Qualitätsentwicklung, insbesondere mit Blick auf Ausstattung und pädagogische Rahmenbedingungen,
- die stärkere Verzahnung von Kindertageseinrichtungen mit Familienzentren, wo es sozialräumlich möglich ist.

Kinder- und Jugendarbeit

Die Koalition misst der offenen Kinder- und Jugendarbeit eine hohe Bedeutung Persönlichkeitsentwicklung, soziale Kompetenzen und gesellschaftliche Teilhabe bei.

SPD und CDU vereinbaren:

- die Sicherung und bedarfsgerechte Ausstattung bestehender Jugendzentren,
- die Weiterentwicklung niedrigschwelliger und wohnortnaher Angebote,
- die Prüfung zusätzlicher Angebote dort, wo neue Bedarfe entstehen.

Die Koalition setzt dabei bewusst auf stabile, verlässlicher und nachhaltige Strukturen statt kurzfristiger Projektpolitik. Das wird sich im Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Recklinghausen widerspiegeln.

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Kinder und Jugendliche sollen stärker an Entscheidungen beteiligt werden, die ihre Lebenswelt unmittelbar betreffen. Beteiligung wird als fester Bestandteil kommunaler Demokratie verstanden.

SPD und CDU vereinbaren:

- die Überprüfung und Weiterentwicklung bestehender Beteiligungsformate auf den Weg bringen,
- den Ausbau verbindlicher, altersgerechter Beteiligungsformate umsetzen und
- die Beteiligung im schulischen und außerschulischen Bereich stärken.
- Dem Kinder- und Jugendparlament kommt hierbei ein besonders hoher Stellenwert zu. Es soll als zentrales Beteiligungsgremium gestärkt und in relevante Entscheidungsprozesse systematisch eingebunden werden.

Familienunterstützende Infrastruktur und Vereinbarkeit

Die Koalition verfolgt das Ziel, Familien konkret und spürbar zu entlasten und gute Rahmenbedingungen für ein gelingendes Familienleben zu schaffen.

SPD und CDU vereinbaren:

- die Sicherung und Weiterentwicklung der Familienzentren als wohnortnahe Anlaufstellen, die Bildung, Beratung und Unterstützung für Familien insbesondere in Stadtteilen mit erhöhtem Unterstützungsbedarf bündeln,
- die Weiterentwicklung des Familienbüros als zentrale, niedrigschwellige Verwaltungseinheit in der Recklinghäuser Innenstadt für Fragen rund um Familie, Erziehung, Leistungen und Unterstützungsangebote,
- die Prüfung (auf Grundlage der bestehenden Beschlusslage und entsprechender Evaluationen), ob ergänzend ein weiterer Standort, insbesondere im Stadtteil Recklinghausen-Süd, eingerichtet werden kann,

- der Ausbau wohnortnaher Spiel- und Freizeitangebote, ergänzt durch eine breite Palette an Ferienangeboten, die sowohl von freien Trägern als auch durch die Stadt Recklinghausen vorgehalten und weiterentwickelt werden.

Präventionsketten – vorbeugen, stärken, weiterentwickeln

Die Koalition misst dem Aufbau und der Weiterentwicklung kommunaler Präventionsketten eine zentrale Bedeutung bei. Ziel ist es, Kinder und Familien frühzeitig zu unterstützen, Risiken zu minimieren und Teilhabechancen nachhaltig zu verbessern.

Die vorhandenen Angebote und Strukturen sollen gesichert, besser aufeinander abgestimmt und bedarfsorientiert weiterentwickelt werden. Dabei wird auch die vom Rat der Stadt Recklinghausen beschlossene Resolution „Teilhabe für Kinder – Teilhabechancen von Kindern verbessern!“ berücksichtigt.

SPD und CDU vereinbaren:

- die Sicherung und gezielte Stärkung bestehender Angebote zur Prävention in den Bereichen frühkindliche Förderung, Bildung, Gesundheit, soziale Beratung und Teilhabe,
- die frühzeitige Identifikation von Armutsrisiken und sozialen Belastungslagen bei Kindern, Jugendlichen und Familien
- eine verbesserte Inanspruchnahme bestehender Leistungen, insbesondere durch niedrigschwellige Zugänge, verständliche Informationen und unterstützende Beratung bei Antragstellungen,
- die stärkere Vernetzung der beteiligten Akteure aus Jugendhilfe, Bildung, Gesundheit, Sozialberatung und Quartiersarbeit im Sinne einer abgestimmten Präventionskette,

Kultur, Wissenschaft & Stadtgeschichte

Recklinghausen ist eine anerkannte und lebendige Kulturstadt mit Strahlkraft weit über die Stadtgrenzen hinaus, sowie eine Stadt mit lebendiger (Bergbau-)Geschichte und intensiver Erinnerungskultur.

Die vielfältige Recklinghäuser Kulturlandschaft greift gesellschaftliche Themen auf, setzt Impulse und entwickelt Visionen. Sie wirkt damit gleichermaßen als Motor der Stadtentwicklung und gesellschaftlichen Innovation wie auch als relevanter Wirtschaftsfaktor.

Es ist unsere Aufgabe, die hohe Qualität und die Vielfalt unserer Kulturangebote zu erhalten, ehrenamtliches Engagement zu fördern und unserem Kulturangebot eine breite räumliche Basis zu geben.

Dazu gehört auch, den Zugang zu den Angeboten zu erleichtern. Um für alle Teile der Stadtgesellschaft ein gutes Kulturangebot zu sichern, braucht es auskömmliche finanzielle Mittel, eine angemessene räumliche Ausstattung sowie wirtschaftlich verantwortungsvolles Handeln.

SPD und CDU vereinbaren:

- Wir wollen unsere städtischen Gebäude, in denen wir kulturelle Angebote machen, bestmöglich instandhalten und ertüchtigen (u.a. Vestlandhalle, Bürgerhaus Süd, Kunsthalle, Ikonenmuseum...). Ebenso gilt es, sämtliche unserer wertvollen Kunstwerke und Archivalien in geeigneten Depots sachgemäß unterzubringen.
- Einen besonderen Fokus legen wir auf die Sicherung und Weiterentwicklung der Ruhrfestspiele mit Modernisierung des Festspielhauses als zentralem Veranstaltungsort.
- Alle Kultureinrichtungen unserer Stadt – von den städtischen Museen wie der international renommierten Kunsthalle, dem Institut für Stadtgeschichte und dem Ikonenmuseum bis hin zu privaten Einrichtungen wie dem von der gemeinnützigen Zeitschalter gGmbH betriebenen Museum Strom und Leben – werden gut besucht und geschätzt. Deshalb wollen wir diese Einrichtungen in ihrer bewährten Form erhalten und weiterhin unterstützen.
- Gleiches gilt für die Neue Philharmonie Westfalen, unser Landesorchester, das Jugendsinfonieorchester sowie die Westfälische Volkssternwarte und das Planetarium Recklinghausen.
- Die Stadtbibliothek soll als moderner „Dritter Ort“ weiterentwickelt werden, der Lernen, Begegnung, kulturelle Bildung und Teilhabe ermöglicht.
- Die freie Kunst- und Kulturszene stellt einen ebenso wichtigen Beitrag zur kulturellen Vielfalt, zur Stärkung kreativer Potenziale und zur lebendigen Stadtentwicklung dar. Daher wollen wir sie weiterhin unterstützen und lokale Künstler*innen fördern. Einen besonderen Wert legen wir auf die Förderung der jungen Kunstszene in Recklinghausen, u.a. im soziokulturellen Zentrum „Altstadtschmiede“.
- Mit einer guten Vernetzung und Koordinierung von Kulturevents wollen wir allen Akteuren, von städtischen Institutionen bis hin zur freien Szene, die Möglichkeit geben, kulturelle Begegnungen zu stärken, neue Räume für gemeinschaftliches Erleben zu schaffen und so das Stadtleben lebendiger und vielfältiger zu gestalten. In diesem Zusammenhang wollen wir insbesondere die wertvolle Arbeit der Ehrenamtlichen und Vereine im kulturellen Bereich unterstützen.
- Wir wollen Kultur in alle Stadtteile bringen, um durch dezentrale Angebote, niederschwellige Zugänge und die Nutzung öffentlicher Räume gemeinsam mit den Kulturschaffenden vor Ort soziale Hürden abzubauen und Kultur für alle Einkommens- und Altersgruppen erlebbar zu machen. Die Zielgruppen der Jugendlichen und der Kinder und der Dialog zwischen den Kulturen sind von besonderer Bedeutung. Hierfür wollen wir die frühere, sehr erfolgreiche Arbeit eines Stadtteilkultur-Referates in geeigneter Form wieder aufnehmen.
- Wir werden weitere Maßnahmen des Kulturentwicklungsplanes umsetzen. Darüber hinaus werden wir den Kulturentwicklungsplan aktualisieren und ergänzen sowie mit den Bürger*innen und den Kulturschaffenden fortschreiben.
- Kulturelle Bildung ist essenziell für die Persönlichkeitsentwicklung, gesellschaftliche Teilhabe und Integration. Sie begleitet und verbindet Menschen idealerweise ein Leben lang, beginnend in Kindheit und Jugend. Wir wollen kulturelle Bildung weiter stärken und ihre Angebote bedarfsgerecht weiterentwickeln, sodass alle Menschen – unabhängig von Alter, Herkunft oder Einkommen – Zugang zu kultureller Bildung

haben. Der Volkshochschule und der Musikschule kommt hierbei eine besondere Rolle zu. Wir fördern die Arbeit aller Akteure kultureller Bildung und achten dabei auf eine gute Erreichbarkeit der Angebote in allen Stadtteilen.

- Wir richten den Blick auch auf die Förderung außerschulischer Bildungsangebote insgesamt, unter anderem auf die Einrichtung einer Science Factory in der Sternwarte sowie die (programmatische) Weiterentwicklung des Hauses der Bildung in Recklinghausen-Süd mit Anschaffung der dazu notwendigen Ausstattung.

Kommunale Servicebetriebe Recklinghausen

Die Kommunalen Servicebetriebe Recklinghausen (KSR) sind mehr als ein städtischer Betrieb: Sie sind ein verlässlicher Dienstleister mit rund 460 Mitarbeitenden, die Recklinghausen grün, sauber und lebenswert halten. Als moderner Arbeitgeber und einer der größten Ausbildungsbetriebe in Recklinghausen verbinden sie kommunale Verantwortung mit technischer Innovation und starkem Gemeinschaftsgefühl. Zu ihren Aufgaben gehören die Grünflächen- und Straßenunterhaltung, der Tierpark, das Bestattungs- und Friedhofswesen, Bauhofleistungen, der Winterdienst sowie die Abfallentsorgung für rund 55.000 Haushalte und die Stadtreinigung.

SPD und CDU vereinbaren:

Zukunftsfähige Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand

- Wir werden die städtische Tochter nachhaltig und zukunftsorientiert stärken, denn sie ist ein Garant kostengünstiger und qualitativ hochwertiger Daseinsvorsorge, zugleich auch soziales Rückgrat – dem Gemeinwohl verpflichtet und demokratisch kontrolliert. Zu diesem Zweck unterstützen wir auch den Bau eines modernen Logistik- und Winterdienststandortes am Bruchweg.
- Die KSR werden in öffentlicher Hand bleiben. Öffentliche-Private-Partnerschaften sowie Veräußerungen an private Dritte der gesamten KSR oder einzelner Sparten der KSR lehnen wir ab. Gleichwohl werden die KSR darin gestärkt, ihre Organisation hinsichtlich der Zukunftsfähigkeit zu prüfen und ggf. zu optimieren.

Sauberes Stadtbild durch mehr Personal, digitale Lösungen und innovative und umweltbewusste Technik

Den steigenden Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger im Hinblick auf die Stadtsauberkeit und an ein ansprechendes Stadtbild sowie an eine nachhaltige Pflege von Seitenstreifen, Grünflächen und Bäumen werden wir mit personeller Verstärkung der Mitarbeitenden und dem Einsatz digitaler Technologien begegnen.

- Die Teams „City Grün“ und „Stadtbildpflege 2.0“, die bei akuten Problemen im öffentlichen Raum wie Müllablagerungen und Verwahrlosung schnell die Sauberkeit und Ordnung wiederherstellen, werden wir verstetigen und – sofern finanziell machbar - ausbauen. Darüber hinaus werden wir im Zuge der Dekarbonisierung der KSR-Fahrzeugflotte schrittweise der Senkung von Emissionen, der Reduzierung des CO²-Fußabdrucks und der Integration innovativer, umweltbewusster Technologien wie beispielsweise Elektrofahrzeuge, -werkzeuge und -geräte Priorität einräumen.

- Die Mängelmelder-App muss weiterentwickelt werden und dem Beispiel benachbarter Städte folgen. Wer einen Mangel gemeldet hat muss in der App sehen können, wenn er abgestellt ist.

Erhalt aller Stadtteolfriedhöfe

Wir werden alle kommunalen Stadtteolfriedhöfe als grüne Lungen und Erholungsräume erhalten – auch und vor allem bei Wandel der Bestattungskultur – und sie durch eine Vielzahl an Angeboten finanziell tragfähig machen. Darüber hinaus sollen Bestattungsflächen konzentriert, Außenflächen zurückgebaut und nicht mehr oder nur gering genutzte Friedhofsgebäude an friedhofsnahe Dienstleister oder an nichtstörendes Gewerbe weiterhin verpachtet sowie stark sanierungsbedürftige und nicht notwendige Friedhofsgebäude aufgegeben werden. Im Interesse einer sozial ausgewogenen und möglichst stabilen Gebührenentwicklung sollen dabei bestehende kommunale Handlungsspielräume genutzt werden, um unverhältnismäßige Gebührensteigerungen zu vermeiden.

Die kulturelle Nutzung ausgewählter Trauerhallen und Friedhöfen begrüßen wir ausdrücklich und werden die KSR darin bestärken, das Angebot an Konzerten, Lesungen, Ausstellungen auszuweiten.

Tierpark im Stadtgarten

Der Tierpark im Stadtgarten bietet eine attraktive Bildungs- und Freizeitmöglichkeit für Menschen jeden Alters und Budgets. Er ist auch beliebtes Ausflugsziel für Schulen und Kindergärten. Wir werden den Bestand des Tierparks wahren und der Eintritt soll auch zukünftig kostenlos bleiben. In dieser Wahlperiode konzentrieren wir uns auf dringend notwendige Sozialräume für die Mitarbeitenden, Quarantänäräume für zu separierende Tiere sowie Lagerräume für Betriebs- und Materialbedarf. Um Entscheidungsprozesse zu beschleunigen, Zuständigkeiten klar zu regeln und Abläufe zu vereinfachen, setzen wir darauf, den Tierpark (auch die Gebäude und das Grundstück) vollständig in die Bilanz der KSR zu übernehmen.

Schule und Bildung

Die Koalitionspartner verständigen sich auf eine umfassende Stärkung der Bildungslandschaft in Recklinghausen. Ziel ist es, allen Kindern und Jugendlichen unabhängig von Herkunft, Wohnort oder sozialer Lage bestmögliche Bildungs- und Entwicklungschancen zu eröffnen. Insbesondere Kinder aus benachteiligten Verhältnissen bedürfen besonderer Unterstützung. Wir sehen gemeinsam, dass heute für eine sehr große Zahl von Kindern der Bildungsweg in der Kita anfängt. Wir sind uns einig, dass Bildung kostenlos sein muss, nicht nur an den Schulen. Daher werden wir prüfen, ob im Laufe der Wahlperiode eine Abschaffung der Kita/OGS-Gebühren im Haushalt darstellbar ist. In diesem Zusammenhang erwarten wir ein verbessertes Engagement des Landes.

Die Partner bekennen sich zu einer modernen, gerechten und zukunftsorientierten Bildungspolitik, die alle Schulformen einbezieht und den gesamten Bildungsweg von der Kita bis zur Erwachsenenbildung betrachtet.

Sicherstellung wohnortnaher und bedarfsgerechter Grundschulangebote

Die Koalition setzt sich dafür ein, dass Grundschulangebote in allen Stadtteilen wohnortnah erhalten und bedarfsgerecht weiterentwickelt werden.

SPD und CDU vereinbaren:

- die Erweiterung bestehender Standorte sowie die Neugründung von Grundschulen, sofern die Schülerzahlen dies erfordern,
- der Ausbau notwendiger Infrastruktur wie Mensen und zusätzlicher Unterrichtsräume,
- flexible Raumprogramme, die differenzierten Unterricht und individuelle Förderung ermöglichen
- Ausbau von Grundschulen zu Familiengrundschulen, besonders in benachteiligten Stadtteilen (Schulsozialindex) möglichst mit Unterstützung des Landes
- die Prüfung von Schuleingangsbereichen
- sichere Schulwege sicherstellen, beispielsweise durch die Entwicklung von Elternhaltestellen, wo das möglich ist
- Ausbau des gebundenen oder rhythmisierten Ganztages

Ausbau und Qualitätsentwicklung des Offenen Ganztags (OGS)

Die Koalitionspartner bekräftigen das gemeinsame Ziel, den Offenen Ganztags weiter auszubauen und qualitativ zu stärken.

SPD und CDU vereinbaren:

- den vollständige Ausbau zur Erfüllung des Rechtsanspruchs,
- die Sicherstellung einer hohen pädagogischen Qualität durch qualifiziertes Personal, auch insbesondere zur Erledigung von Hausaufgaben
- die Verbesserung räumlicher Bedingungen, um Hausaufgabenbetreuung, Bewegungsangebote und Ruhephasen zu gewährleisten,
- ergänzend die Fortführung und ggf. den Ausbau anderer Betreuungsangebote, wie der ergänzenden Halbtagsbetreuung an Standorten, an denen kein gebundener Ganztags vorhanden ist.

Moderne Ausstattung und digitale Infrastruktur

Die Koalition verfolgt das Ziel, alle Schulen in Recklinghausen zeitgemäß auszustatten. Dazu zählen:

- flächendeckendes WLAN und leistungsfähige digitale Infrastruktur,
- die Ausstattung aller Schüler*innen mit digitalen Endgeräten ab Klasse 2,
- die dauerhafte Ausstattung aller Lehrkräfte mit mobilen Endgeräten durch das Land als ihren Arbeitgeber einschließlich entsprechender verbindlicher Fortbildungen,
- moderne naturwissenschaftliche Fachräume,
- lärmsenkende Maßnahmen wie Akustikdecken,
- die konsequente Nutzung und Begleitung bestehender und zukünftiger Förderprogramme,
- digitale Schulpartnerschaften zu fördern und Online-Klassenprojekte mit Partnerstädten zu ermöglichen.

Förderung von Inklusion und individueller Unterstützung

Die Koalitionspartner setzen sich für eine inklusive Bildungslandschaft ein, die allen Kindern gerecht wird.

SPD und CDU vereinbaren:

- die individuelle Förderung von Kindern mit besonderem Unterstützungsbedarf, aber auch von besonders begabten Kindern.
- der Erhalt und die Stärkung der Förderschulen,
- die Weiterentwicklung von Angeboten für zugezogene Kinder, insbesondere durch Sprachförderung, Vorbereitungsklassen und internationale Orientierungsklassen,
- die Stärkung der Schulsozialarbeit (mit Unterstützung des Landes),
- Entwicklung von Programmen, die gewaltfreies Austragen von Streitigkeiten vermitteln sollen sowie eine Anlaufstelle für Lehrende eingerichtet wird, die sowohl im Internet als auch auf dem Schulhof zu finden ist.

Übergänge im Bildungssystem stärken

Die Koalition verfolgt das Ziel, Bildungs- und Entwicklungsbiografien von Kindern und Jugendlichen frühzeitig, von der Kita an, zu stabilisieren und Brüche an zentralen Übergängen zu vermeiden.

SPD und CDU vereinbaren:

- die Verbesserung des Übergangsmanagements zwischen Kita, Grundschule, weiterführender Schule und Berufskolleg,
- der Ausbau integrierter Bildungs Kooperationen zwischen Kitas und Grundschulen, insbesondere im Bereich der Sprachförderung sowie
- die Sicherstellung der Durchlässigkeit des Schulsystems.

Gesundheit, Ernährung und Bewegung

Die Koalitionspartner bekennen sich zu einer gesundheitsfördernden Bildungsumgebung.

SPD und CDU vereinbaren:

- gesunde und bezahlbare Mahlzeiten in Schulen,
- Bewegungsprogramme im Unterricht und im Ganzttag,
- die Förderung von Sport- und Bewegungsangeboten in Kooperation mit Vereinen.

Weiterentwicklung der weiterführenden Schulen

SPD und CDU vereinbaren:

- die bedarfsgerechte Weiterentwicklung der weiterführenden Schulen,
- mögliche Erweiterungen oder Neugründungen auf Basis der Schulentwicklungsplanung,
- unter Berücksichtigung des Elternwillens die Sicherstellung eines vielfältigen Schulangebots, das alle Abschlüsse ermöglicht und attraktiv für innerstädtische wie auswärtige Schüler*innen bleibt.
- internationale Schulpartnerschaften zu fördern und den Austausch mit europäischen und globalen Schulen zu intensivieren.

Erwachsenenbildung und Volkshochschule

Die Koalitionspartner erkennen die Bedeutung lebenslangen Lernens an.

SPD und CDU vereinbaren:

- die Weiterentwicklung des Willy-Brandt-Hauses zu einem zentralen Haus der Bildung und Kultur,
- die Stärkung der Volkshochschule, insbesondere im Bereich politischer Bildung,
- der Ausbau moderner, niedrigschwelliger Bildungsangebote für Erwachsene.

Kooperationen, Netzwerke und Bildungssteuerung

Die Koalition setzt auf eine enge Zusammenarbeit aller Akteur*innen im Bildungsbereich.

SPD und CDU vereinbaren:

- die Stärkung des kommunalen Bildungsbüros,
- der Ausbau lokaler Bildungsnetzwerke,
- die Förderung innovativer Ansätze wie digitaler Lernformen, Sprachbildung und Modellprojekte.

Sport

Sport spielt für die Koalition eine wichtige Rolle im gesellschaftlichen Leben unserer Stadt. In Recklinghausen sind rund 27.000 Bürgerinnen und Bürger in über 100 Sportvereinen aktiv. Sie nutzen über 30 Sportplätze, über 40 städtische Sporthallen, zwei Hallenbäder, drei Freibäder sowie weitere frei zugängliche Sportanlagen im Stadtgebiet.

Sport fördert Gesundheit und Wohlbefinden, bietet Raum für Erholung und sinnvolle Freizeitgestaltung und schafft Orte der Begegnung für Menschen aller Altersgruppen. Gerade für Kinder und Jugendliche ist Sport eine wertvolle Möglichkeit, sich körperlich und persönlich weiterzuentwickeln, Teamgeist zu erleben und soziale Kompetenzen zu stärken.

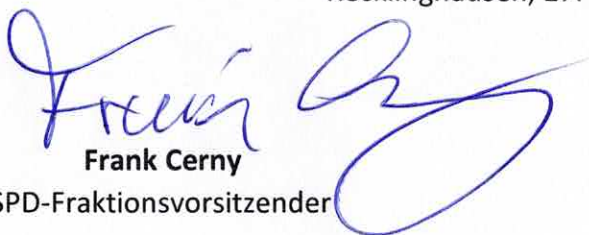
Nicht zuletzt kann Sport auch zur Integration beitragen – etwa durch gemeinsame Aktivitäten im Mannschaftssport, die Menschen unabhängig von Herkunft, Sprache oder Beeinträchtigung miteinander verbinden. Die Koalition steht an der Seite des Sports – mit klarer Unterstützung für Vereine und attraktive Bedingungen für Training und Wettkampf.

SPD und CDU vereinbaren:

- den „Pakt für den Sport“ als sichere Planungsgrundlage für die Sportvereine zu erhalten, um so Eigenverantwortlichkeit und Engagement zu unterstützen; dazu gehört auch die Absicherung der Kostenfreiheit bei der Nutzung,
- die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung, Sportvereinen und Schulen weiter zu fördern, damit im Rahmen der offenen Ganztagsbetreuung in Kooperation mit den Recklinghäuser Sportvereinen weiterhin ein breites Portfolio an sportlichen Aktivitäten für die Schülerinnen und Schüler angeboten werden kann,

- die Beschlussvorlage „Sportstadt 2020“ im Hinblick auf die Realitäten der kommenden Jahre zu überprüfen mit dem beauftragten „Sportstättenentwicklungsplan“ einvernehmlich mit den Vereinen weiterzuentwickeln,
- Bei allen Baumaßnahmen und Modernisierungen die Umweltstandards und den Verbrauch von Ressourcen berücksichtigen, beispielsweise durch die zeitgemäße Isolierung der Gebäude, moderne Heizungstechnik und LED-Beleuchtung.
- den hohen Standard an Schwimmflächen zu erhalten und die zweite Stufe der Sanierung des Südbades als Schwerpunkt zur Förderung des Schwimmsportes und des Frauenschwimmens zu betrachten; das von der Stadt derzeit entwickelte Freibad-Nutzungskonzept werden wir vor diesem Hintergrund konstruktiv und gleichzeitig kritisch begleiten,
- das besondere Schwimm-Förderprogramm, mit dem wir Kindergärten, Schulen und Vereine unterstützen, fortzusetzen mit dem Ziel, dass alle Recklinghäuser Kinder bis zum Ende ihres vierten Schuljahres schwimmen gelernt haben,
- besondere Initiativen und Aktionen des Sports in Recklinghausen, wie zum Beispiel das Stadtsportfest, das Marktplatzspringen, die Woche des Sports und die Sportabzeichen-Wettbewerbe zu unterstützen und deren Weiterentwicklung gezielt zu fördern,
- das ehrenamtliche Engagement der vielen Freiwilligen in der Vereinsarbeit zu unterstützen und angemessen zu würdigen, beispielsweise durch Fortführung von Initiativen wie der Sportlerehrung und der Ehrenamtskarte,
- innovative Trendsportarten und Bewegungsangebote wie Biker-, Skater- und Disc-Golf-Anlagen sowie Nieder- und Hochseilgärten zu fördern,
- generationenübergreifende, vereinsunabhängige Sportangebote in allen Stadtteilen weiter auszubauen sowie
- frühzeitig die Sanierung unserer Kunstrasenplätze anzugehen und dazu ein Konzept zu erstellen.

Recklinghausen, 17. Juli 2026


Frank Cerny
 SPD-Fraktionsvorsitzender


Martin Miezal
 CDU-Fraktionsvorsitzender

Weitere Mitglieder der Verhandlungsgruppe:



